

Liebe Abiturientinnen und Abiturienten, liebe Eltern, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste!

Ich möchte mich bei unserem Schulleiter Rudolf Loch ganz herzlich dafür bedanken, dass er mir als stellvertretendem Schulleiter heute die Gelegenheit gibt, zu Euch, liebe Abiturientinnen und Abiturienten, und zu Ihnen zu sprechen. Schließlich ist dies für mich die letzte Gelegenheit für eine solche Ansprache, da ich mit dem Ende dieses Schuljahres in den Ruhestand gehen werde.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, warum dieser Anlass heute im Jubiläumsjahr der Schule auch für mich persönlich ein besonderer ist: Vor knapp 46 Jahren saß ich im Mai 1974 selbst mit meinen Mitabiturienten hier in der Aula und habe mein Abiturzeugnis in Empfang genommen. Rechnet man meine Schulzeit mit dazu, bin ich mit dem Johannes-Gymnasium seit April 1966 verbunden und habe damit mit Unterbrechungen mehr als die Hälfte der 100-jährigen Geschichte dieses Gymnasiums miterleben dürfen.

1974 war natürlich Vieles ganz anders als heute: das Johannes-Gymnasium war eine reine Jungenschule und wurde noch von den Arnsteiner Patres geleitet und geprägt (viele Patres waren Lehrer der Schule); es gab noch ein Internat, auch wenn ich selbst externer Schüler war, der aber damals schon am Silentium teilnahm, was vielleicht meine Nähe zur Ganztagschule erklärt. Es gab noch keine Computer und Smartphones, kein Internet und keine sozialen Netzwerke. Deutschland war geteilt und eine sozial-liberale Regierung unter Willy Brandt hatte eine neue Ostpolitik eingeleitet, die zu einer friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten führen sollte. Bis 1972 hatte die Bundesrepublik Deutschland die DDR nicht als eigenen Staat anerkannt. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 wurde nun die Existenz der DDR unter der Formel „zwei Staaten einer Nation“ anerkannt, was dann auch die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO möglich machte. Letztlich war diese von der sozial-liberalen Koalition eingeführte Entspannungspolitik unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ zusammen mit dem wenige Jahre später begonnenen KSZE-Prozess die Grundlage für die deutsche Einigung von 1990. Das hatte man 1974 natürlich noch nicht so voraussehen können und die neue deutsche Ostpolitik wurde entsprechend heftig vor allem von konservativen Kräften kritisiert.

So unterschiedlich die Situation von 1974 auch war, so bieten sich auf den ersten Blick doch einige vergleichbare Parallelen an.

Da ist zunächst die persönliche Situation eines Abiturienten vom Mai 1974.

Wie war das damals für mich?

Natürlich habe ich den Abschluss meiner Schulzeit zunächst einmal als Befreiung von den Zwängen des Schulalltags mit dem damit verbundenen Schul- und vor allem Prüfungsstress empfunden. Ich nehme an, Euch wird es ganz ähnlich ergehen.

Andererseits stand ich wie vielleicht der/die ein oder andere von Euch vor der Frage „Was nun? Wie geht es jetzt weiter?“.

Zunächst hatte ich mich mit der Frage auseinanderzusetzen, was mache ich im Hinblick auf die Wehrpflicht, die damals noch alle tauglichen jungen Männer abzuleisten hatten. Tauglich war ich, aber die Ableistung eines Wehrdienstes einschließlich der Ausbildung an des eventuell möglichen Gebrauchs von Waffen kamen für mich nicht in Frage, weshalb ich die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen beantragt hatte. Diese Anerkennung bekam man nicht so ohne weiteres, sondern man musste vor einem Prüfungsausschuss und in der 2. Instanz vor einer Prüfungskammer glaubhaft machen, dass man aus Gewissensgründen nicht in der Lage war, auf Menschen zu schießen. Dabei wurde man mit Fragestellungen konfrontiert, die oft begannen mit der Formulierung „Was würden sie machen, wenn ...“. Man sollte sich z.B. vorstellen, man ginge mit seiner Freundin im Wald spazieren und würde plötzlich von einem Mann mit Waffe bedroht, der die Freundin vergewaltigen oder gar umbringen wollte und man hätte „zufällig“ selbst eine Waffe dabei – würde man die dann nicht doch einsetzen. Ich wurde dann jedenfalls nach zwei Instanzen anerkannt und wartete nun auf meine Einberufung zum Ersatzdienst (Zivildienst), weshalb ich zunächst einmal 1974 nicht mit meinem Studium begann. Ich habe die Zeit dann genutzt und ein knappes Jahr im väterlichen Betrieb gearbeitet, was mich in meiner Überzeugung bestärkt hat, ein Studium zu beginnen und Lehrer werden zu wollen.

Aber zurück zur Berufswahl: Nach dem ein oder anderen Selbsterkundungstest des Arbeitsamts, ihr kennt die auch heute noch, und sicherlich auch unter dem Eindruck von prägenden Lehrerpersönlichkeiten dieser Schule habe ich mich entschlossen, ein Studium für das Lehramt an Gymnasien zu beginnen.

Dabei habe ich mich bei meiner Fächerwahl ganz von meinen persönlichen Interessen leiten lassen: das waren eben die Fächer Englisch und Politikwissenschaft. Ich muss gestehen, dass das Interesse an den Fächern deutlich im Vordergrund stand, und weniger die Aussicht, Lehrer sein zu wollen.

Warum aber ausgerechnet Englisch und Politikwissenschaft? Englisch hat mir in der Schule und auch besonders bei meinem langjährigen Englischlehrer Herbert Lemler immer schon Spaß gemacht und ich war wohl auch nicht ganz schlecht in dem Fach.

Bei meiner Wahl des anderen Faches spielten wohl noch andere Faktoren eine wichtige Rolle und zwar die gesellschaftliche und politische Situation des Jahres 1974, die ich vorhin schon einmal kurz erwähnt habe und genau hier ergeben sich auch einige Parallelitäten zur heutigen Situation.

Wir lebten damals als Jugendliche auch in politisch recht unruhigen Zeiten: wir hatten als Kinder und Jugendliche die Studentenrevolte von 1968 und den auch danach fortgesetzten Protest gegen den Vietnamkrieg wahrgenommen. Neben dem Vietnamkrieg, der erst 1975 mit der Niederlage der Amerikaner und der Südvietnamesen endete, bestimmten andere Kriege wie der Yom-Kippur-Krieg Israels gegen Ägypten, ein brutaler Bürgerkrieg in Kambodscha und koloniale Befreiungskriege in Angola und Mozambique das Weltgeschehen. Gleichzeitig waren wir Jugendliche fasziniert vom demokratischen Widerstand gegen Militärdiktaturen in Griechenland und Portugal, die in Portugal auch 1974 in einer unblutigen demokratischen Revolution mündete.

Interessanterweise gab es auch damals einen US-Präsidenten, der sich zur Machtsicherung unlauterer, ja krimineller Methoden bediente (Watergate-Skandal) und gegen den deshalb ein Impeachment-Verfahren drohte. Diesem Impeachment ist Präsident Nixon im August 1974 nur durch seinen Rücktritt entkommen.

In Deutschland hatten wir es 1974 mit einem Phänomen zu tun, das gerade in den letzten Wochen und Monaten unter ganz anderen Vorzeichen wieder in Erscheinung tritt: Terror, Gewalt und Mord.

1974 ging dieser Terror von linksextremen Terroristen-Gruppen (Baader-Meinhof-Gruppe, RAF, Bewegung 2. Juni) aus. Sie verübten gezielt Morde an führenden Vertretern des wirtschaftlichen und politischen Lebens, was im „deutschen Herbst“ 1977 einen Höhepunkt fand mit der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer und der Entführung einer Lufthansamaschine nach Mogadischu durch palästinensische Terroristen mit dem Ziel, die führenden deutschen Terroristen Baader, Meinhof, Ensslin aus der Haft freizupressen.

Ziel dieser Terroristen war, den Staat als eine Art „Stadtguerilla“ anzugreifen und ihn zu Repressionsmaßnahmen zu provozieren, die sein vermeintlich „wahres“ faschistisches

Gesicht entlarven würden. Dieser abstruse Plan wurde von den intellektuellen Köpfen der Terroristen, vor allem der Journalistin Ulrike Meinhof, mit ideologischen Traktaten über die Herbeiführung der Revolution gegen den kapitalistischen Staat begründet.

Wie heute in der extremen Rechten, gab es damals Sympathisanten in der extremen Linken, die die grundsätzliche Kritik der Terroristen am politischen System und die von ihnen vertretene marxistisch-leninistische Ideologie teilten.

Letztendlich ist das Konzept des Linksterrorismus Gott sei Dank nicht aufgegangen und der Terrorismus konnte in den 70er Jahre durch die konsequente und unbeugsame Haltung der Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt besiegt werden, auch wenn dies – wie von den Terroristen beabsichtigt - verbunden war mit erheblichen Verschärfungen von Gesetzen und Fahndungsmaßnahmen (Rasterfahndung), gegen die viele Studenten damals wegen der Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte (Stichwort: Kampf gegen den Überwachungsstaat) protestiert haben.

Es wird aus diesen knappen Anmerkungen deutlich, warum für einen politisch interessierten jungen Menschen das Studium der Politikwissenschaft eine naheliegende Option war.

Für mich ging es damals darum, politische Zusammenhänge und Hintergründe besser zu verstehen und mich selbst für die Demokratie in der politischen Bildung einzusetzen.

Im Studium hat sich dann verfestigt, was sich auch schon im Sozialkundeunterricht am Johnny bei unserem langjährigen Geschichts-, Sozialkunde- und Klassenlehrer (von Klasse 5 bis 13!) Günther Ketzler herauskristallisiert hat: die liberale Demokratie des Grundgesetzes ist für die Geschichte Deutschlands eine historisch einmalige und hervorragende Errungenschaft, die zu schützen und bewahren unser aller Ziel und Aufgabe sein muss angesichts der Bedrohungen, die sich die liberale Demokratie gerade heute ausgesetzt sieht. Die im Grundgesetz niedergelegten Grundrechte sind der politische Ausdruck universeller Menschenrechte und Ausdruck einer christlich-humanitären Weltsicht, die an Attraktivität auch heute nicht im Geringsten eingebüßt hat: nicht umsonst beginnt das Grundgesetz mit dem Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Man beachte, dass hier von der Würde des Menschen und nicht von der Würde des Deutschen die Rede ist und damit die Hilfe und Unterstützung von Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen eine absolute Verpflichtung ist.

Das Grundgesetz garantiert uns Freiheitsrechte wie das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, aber auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit und das Grundgesetz legt unveränderlich fest, dass Deutschland ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist. Meine Begeisterung für das Grundgesetz ist dabei nicht rein beruflich bedingt, schließlich bin ich Sozialkundeführer, sondern entspricht meiner tiefsten und innersten Überzeugung.

Bitte versteht mich aber nicht falsch: dieses Plädoyer für das Grundgesetz heißt natürlich nicht, dass man Parlamenten und Regierungen und den dort agierenden Politikern kritiklos gegenüberstehen sollte; im Gegenteil, gerade das Entstehen für unsere liberale und demokratische Grundordnung erfordert, dass wir für unsere politischen Überzeugungen eintreten und dass wir Meinungs- und Versammlungsfreiheit nutzen, um sie einzufordern. Kritik an den Politikern und Parteien und die kritische Auseinandersetzung mit Politik auf der Basis eines fundierten, eigenen Wertesystems ist essentiell für unser demokratisches Verständnis.

Diese „freiheitlich demokratische Grundordnung“ ist heute wieder, wie schon in den 70er Jahren, bedroht. Doch hier hinkt der Vergleich: der Terror der RAF und der Bewegung 2. Juni richtete sich gegen führende Repräsentanten des Staates, was deshalb natürlich nicht weniger zu verurteilen ist. Die rechtsextremen Terrorakte der letzten Jahre richten sich willkürlich vor allem gegen Bürger mit Migrationshintergrund oder Vertreter bestimmter Glaubensrichtungen wie Juden oder Muslime.

Auch wenn es oft heißt, dass hier fehlgeleitete und psychisch kranke Einzeltäter am Werk seien, die an irgendwelche abstrusen Verschwörungstheorien glauben, so ist doch eine klare Absicht und Strategie zu erkennen. Wie Justus Bender in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 23. Februar plausibel darlegt, wird im rechtsextremen Schrifttum die Strategie hinter solchen scheinbar völlig sinnlosen Gewalttaten beschrieben: hier wird von der „Propaganda der Tat“ gesprochen, indem die gewaltsame Aktion gerade erst dadurch wirkt, dass sie in kürzester Zeit millionenfach verbreitet wird und dadurch Unruhe und Gegenreaktionen hervorruft, die zum gewaltsamen Rassenkonflikt und zum Bürgerkrieg verbunden mit dem Zusammenbruch des demokratischen Staates führt, aus dem heraus dann die extreme Rechte die Macht ergreifen könnten und ihr Programm auf breiter Ebene umsetzen könnte. Dass der Täter sich – wie in Hanau geschehen – selbst

richtet, gehört durchaus mit zum propagierten Bild des heldenhaften Einzeltäters, der sich für die Sache opfert. Eine ähnliche Motivationslage ergibt sich ja bekanntermaßen bei den Selbstmordattentätern islamischer Terrorgruppen.

Daraus wird klar, wie Politik und Gesellschaft auf diesen rechtsextremen Terror reagieren müssen und zwar einmal durch konsequente und frühzeitige Bekämpfung rechtsextremer Gruppen und Aktivitäten und zum anderen durch klare Bekenntnisse der Solidarität mit den Betroffenen, wie sie zuletzt nach den Morden in Hanau überall im Land deutlich geworden sind. Für mich ist es selbstverständlich, dass dazu auch gehört, dass rassistische und volksverhetzende Beiträge, Hakenkreuz-Postings und auch Morddrohungen in sozialen Netzwerken konsequent auch strafrechtlich verfolgt und geahndet werden, wie es im Februar in der Novelle des Netzwerkdurchsetzungsgesetz vorgesehen ist.

Oft wird im Zusammenhang mit rechtsextremen Terrorakten von Fremdenhass gesprochen. Aber in der Wahl des Begriffes steckt schon eine falsche und diskriminierende Botschaft: angegriffen werden nicht Fremde, sondern Mitglieder unserer Gesellschaft, die einen bestimmten religiösen oder ethnischen Hintergrund haben. Das nennt man gemeinhin Rassismus.

Dieser Rassismus findet sich nicht nur bei kriminellen und gewaltbereiten Einzelpersonen und Gruppen aus dem rechtsextremen Lager, sondern auch in sich in unserer Gesellschaft und in der Politik rasch ausbreitendem rechten Gedankengut, das sich aus Hass, Rassenideologie, völkischer Ideologie und übersteigertem Nationalismus nährt.

Anders als 1974, gibt es heute eine rechts orientierte Partei, die mittlerweile in fast allen deutschen Parlamenten vertreten und etabliert ist und in den ostdeutschen Bundesländern regelmäßig deutlich über 20% der Wähler für sich gewinnen kann.

Auch wenn führende Vertreter der AfD ihre Partei immer wieder als bürgerliche Partei darzustellen versuchen und sich von rechtsextremen Terror distanzieren, gibt es in der AfD in Wortwahl und Formulierungen Personen, die eindeutig eine Nähe zu rechtsextremen Positionen aufzeigen.

Wer wie Thüringens AfD-Chef Björn Höcke, den man nach Gerichtsbeschluss als Faschisten bezeichnen darf, vom Holocaust-Denkmal in Berlin als „Mahnmal der Schande“ spricht und eine erinnerungspolitische Wende um 180° fordert oder vom „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ spricht, der mag sich noch so sehr von rechtsextremen

Terrorakten distanzieren, der bereitet aber doch den Boden für extremistisches Gedankengut basierend auf Rassismus, völkischem Gedankengut und übersteigertem Nationalismus.

Sicher, auch auf der linksextremen Seite gibt es Gruppen, die die Zerstörung unserer liberalen Grundordnung anstreben und ihre Abneigung gegen den Staat vor allem durch gezielte Gewaltaktionen und Provokationen gegen die Polizei zum Ausdruck bringen. Dies stellt einen gravierenden Missbrauch der Versammlungsfreiheit dar und gefährdet unsere demokratischen Grundrechte, wenn sich z.B. der „Schwarze Block“ an einer friedlichen und legitimen Demonstration, z.B. gegen die Wirtschaftspolitik der G20-Staaten, beteiligt, um aus dieser heraus Provokationen und Gewalttaten zu begehen. Aber so verurteilungswürdig dieses Verhalten bestimmter linksextremer Gruppen auch sei, die Breite und die Intensität rechtsextrem motivierter Gewalttaten erreichen diese Gruppen bei weitem nicht.

In der neueren Extremismusforschung spricht man seit einiger Zeit von der Hufeisentheorie, ein Begriff der vom emeritierten Erfurter Politikwissenschaftler Ekkehard Jesse geprägt wurde und der zur Zeit in aller Munde ist. Vor allem wird er heftig diskutiert in Bezug auf die Äquidistanz, die sich die CDU/CSU in ihrer Verweigerung der Zusammenarbeit mit AfD und der Linken auferlegt hat. Was die Hufeisentheorie ursprünglich meint ist die Bedrohung der Demokratie von ihren extremen Rändern her, von rechts wie von links, mit dem Effekt, dass Rechts- und Linksextreme sich in ihren Zielen und ihren Methoden sehr nahe sind; daher das einprägsame Bild vom Hufeisen.

Allerdings stimme ich Johannes Schneider zu, der in einem Artikel in der ZEIT vom 28.10. ausführt, dass das Bild vom Hufeisen in Bezug auf die Haltung der CDU zu einfach und zu verführerisch ist, denn die Bedrohung von rechts und links können zur Zeit keinesfalls gleichgewichtet werden, denn es gibt ein deutliches Übergewicht auf der rechten Seite, dem es entgegen zu treten gilt. Wenn die letzte große Volkspartei der bürgerlichen Mittel sich auf diese Hufeisentheorie beruft und sich von daher einer Zusammenarbeit mit den Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums verweigert, so ist das zwar nachvollziehbar, aber politisch – wie man zur Zeit in Thüringen sieht – kaum aufrecht zu erhalten, wenn nicht die Funktionstüchtigkeit des gesamte Systems gefährdet werden soll.

Es gibt es eine weitere interessante Parallellität zwischen 1974 und 2020: im Jahr vor meinem Abitur erfolgte am 1. Januar 1973 der Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EG, nachdem zwei Aufnahmeanträge des Vereinigten Königreichs 1963 und 1967 am Widerstand

Frankreichs gescheitert waren. Bereits zwei Jahre später im Juni 1975 stimmten die Briten in einem Referendum mit deutlicher Mehrheit für ein Verbleiben des Vereinigten Königreichs in der europäischen Gemeinschaft. Damals standen wirtschaftliche Vorteile für das Vereinigte Königreich im Vordergrund.

In diesem Jahr wurde nun der Brexit vollzogen, nach einem Referendum 2016, in dem Zuwanderung, Nationalismus und populistische Versprechungen den Ausschlag für das, wenn auch knappe, negative Ergebnis gegeben haben. Für mich und für jeden überzeugten Europäer war das sicherlich ein Schock.

Warum ist Europa trotz Brexit oder gerade wegen des Brexit so wichtig für uns Deutsche und für alle Europäer?

Ich möchte drei Gründe nennen:

1. ) Auch hier sollte man nicht die zum Teil sicherlich auch berechtigte Kritik an der vermeintlichen europäischen Regulierungswut, die scheinbare Unfähigkeit der zerstrittenen europäischen Staaten, sich in wichtigen Fragen zu einigen, und erst recht nicht das populistische Geschwätz von der Fremdherrschaft Brüssels über Deutschland zur Beurteilung des europäischen Projekts in den Vordergrund stellen . Vielmehr sind andere Dinge entscheidend. Dazu gehört vor allem, die enorme friedensstiftende Wirkung des europäischen Einigungsprozesses. Meiner Generation ist es vergönnt, in einer mittlerweile 75-jährigen und hoffentlich noch sehr viel länger andauernden Zeit des Friedens auf deutschem Boden zu leben. Staaten, die sich in einer Union zusammenschließen führen eben keine Kriege gegeneinander. Wirtschaftliche und politische Integration ist der beste Garant eines friedlichen Zusammenlebens.

2.) Gerade angesichts wachsender Tendenzen zu mehr oder weniger autokratischen und autoritären Regierungen in unserem Umfeld (Russland, Türkei) aber leider auch innerhalb der EU (Ungarn, Polen), ist die Übernahme der demokratischen, sozialen und humanitären Werte des Grundgesetzes auch auf der europäischen Ebene ein enorm wichtiger Beitrag zur Förderung und Stärkung der liberalen Demokratie.

3.) In Zeiten zunehmender wirtschaftlichen Globalisierung bietet die EU allen beteiligten Mitgliedsstaaten gemeinsam als Global Player aufzutreten und dadurch wirtschaftliche Vorteile für alle zu gewährleisten. Gerade auch die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten profitieren davon, und das ist gut so.



Diese Argumente für ein starkes Europa können auch nicht dadurch entkräftet werden, dass eines der größten Mitgliedsländer der EU soeben ausgetreten ist, weil man meint als eigenständige Nation selbstbestimmter und letztlich wirtschaftlich erfolgreicher agieren zu können. Es bleibt abzuwarten, ob die Briten sich da nicht täuschen und irgendwann doch erkennen, dass sie nationalistischen Hetzern und Hasspredigern wie Nigel Farage von der Brexit-Party und populistischen Sprücheklopfern auf den Leim gegangen sind.

Zum Ende meiner Gedanken möchte ich ein paar Wünsche und Hoffnungen an Euch liebe Abiturientinnen und Abiturienten hier im Saal formulieren:

Lasst Euch nicht von vermeintlichen einfachen Lösungen rechter oder linker Populisten verführen.

Kämpft für den Erhalt der liberalen Demokratie des Grundgesetzes, auch wenn dies zuweilen angesichts der politischen Auseinandersetzungen und Streitereien manchmal schwer fallen möge.

Setzt Euch ein für den europäischen Gedanken – er ist jedes Engagement wert.

Erteilt jeglichem rechts- oder linksextremen Gedankengut eine klare Absage.

Wie schon gesagt, stand ich vor 46 Jahren an eurer Stelle. Auch wenn mir das damals vielleicht noch nicht so klar war und ich wie die meisten meiner Mitschüler durchaus auch froh war, die Schule endlich abgeschlossen zu haben, wurde mir doch spätestens im Studium bewusst, welch solides Fundament mit die Lehrerinnen und Lehrer dieser Schule mitgegeben haben und das meine ich nicht nur in Bezug auf Kenntnisse und fachliche Kompetenzen, sondern gerade auch in Bezug auf eine christliche Werteorientierung und einen klaren Urteils- und Bewertungsmaßstab.

Ich wünsche Euch, liebe Abiturientinnen und Abiturienten, dass Ihr – vielleicht mit etwas Abstand auf Eure Schulzeit – zu einer ähnlichen Erkenntnis kommt.

Lasst Euch bezüglich Eurer Berufs- oder Studienwahl nicht verunsichern. Folgt Euren Neigungen und Interessen und probiert Euch aus. Bedenkt, dass in der heutigen Zeit

Berufsentscheidungen nicht unbedingt Festlegungen für ein ganzes Leben bedeuten, sondern dass Ihr Euch vermutlich öfter einmal neu- und umorientieren werden müsst.

Und denkt daran, knapp 9 oder ein paar mehr oder weniger Jahre am Johnny haben Euch sicherlich geprägt. Ihr seid und bleibt Teil der großen Gemeinschaft dieser Schule, ab heute eben als Ehemalige. Wer den Kontakt zu seiner alten Schule nicht verlieren möchte, dem sei deshalb der Ehemaligenverein ans Herz gelegt.

Ich bedanke mich für Eure/Ihre Aufmerksamkeit.

Norbert Kalt, 20. März 2020